Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburgische Volkszeitung
1918

101 (1.5.1918)

urn:nbn:de:gbv:45:1-86211

Visual Library

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Vechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. **Bezugspreis vierteljährlich** 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 M.; **zweimonatlich** 2.00 M., durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; **einmonatlich** 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis u. franko.

Der **Anzeigenpreis** beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Petitzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamezeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. **Annahme bis 9 Uhr vormittags.** Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft" wird während der Kriegszeit nicht beigefügt.]

Nr. 101. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. Postscheckkonto: Hannover 7908. | **Vechta, Mittwoch, 1. Mai 1918.** | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Varelmann, Achternstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Der Kampf im Westen.

Der deutsche Abendbericht.

WTB **Berlin**, 30. April. Abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

* * *

TU **Berlin**, 30. April. Jeden Quadratfuß, den England im Ypernbogen verliert, untergräbt das Prestige und die Waffenehre der Briten. Die schweren Kämpfe um den Besitz des Höhengelände des südwestlich Ypern sind aus diesem Grunde erklärlich. Da die englische Armee nicht mehr ausreicht, muß Foch hier rücksichtslos seine besten französischen Truppen dem deutschen Ansturm entgegenwerfen. So verbraucht er im britischen Interesse immer mehr die Reserven Frankreichs. Heute, am 29. April vormittags, gewannen die Deutschen an mehreren Stellen der flandrischen Schlachtfront weiter Gelände. Der Feind leistete heftigen Widerstand und hatte die letzten Tage dazu benutzt, neue Kräfte, hauptsächlich Artillerie, von anderen Fronten heranzuziehen. Die am 29. April gemachten Gefangenen sagen aus, daß sie Befehl hatten, ihre vordersten Linien unter allen Umständen zu halten und keinen Fußbreit des wichtigen Bodens den Deutschen preiszugeben. Die blutigen Verluste des Feindes waren seiner verzweifelten Gegenwehr entsprechend sehr schwer. Die Franzosen mußten schon nach kurzer Zeit eine frische, an Stelle einer vom deutschen Feuer erledigten Division, einsetzen. Hierbei erhielten sie abermals schwere Verluste. Die feindliche Infanterie wurde von den deutschen Schlachtfliegern mit Maschinengewehrfeuer und Bombenwurf wirksam angegriffen.

Englands blutende Hilfsvölker.

TU **Berlin**, 30. April. Wie bei allen Kämpfen der Vorjahre hat England auch diesmal wieder seine Hilfsvölker an den Brennpunkten der großen Westschlacht eingesetzt. So wurden von den bisher als Elitetruppen sorgsam zurückgehaltenen fünf kanadischen Divisionen vier, von den fünf australischen Divisionen ebenfalls vier und außerdem die einzige neuseeländische Division an der Front eingesetzt. Diese Elitetruppen mußten die dezimierten englischen Divisionen ablösen. Sie wurden meist in der Gegend von Amiens, zur Zeit auch in Flandern **rücksichtslos in die Schlacht geworfen, in der sie sich nun in Gegenangriffen verbluten mußten.**

Der Kampf um die Kanalküste.

TU **Amsterdam**, 30. April. „Times" schreibt in ihrer Wochenbetrachtung: Mit dem Kampf um die Flandernküste beginnt die Entscheidungsschlacht um die Herrschaft über den Aermelkanal und seine Häfen. Diese Schlacht kann den ganzen Sommer hindurch andauern. Es gibt keine andere Möglichkeit sie zu beenden, als zu siegen oder unterzugehen.

TU **Zürich**, 30. April. Der militärische Mitarbeiter der „Zür. Post" schreibt: Können die Deutschen in Poperinghe festen Fuß fassen, dann haben sie nach einer groß angelegten Handlung gegen die Küste entsprechend Raum gewonnen. Die Ueberschwemmungen haben ihren Wert für die Verteidigung verloren. Die Front wird ungünstig abgedreht und verlangt starke Bewegung. Durch die Operationen des Jahres 1918 wird die englische Flandernfront zu einem neuen Defensivbrückenkopf herabgedrückt, der lediglich die Aufgabe hat, die Küste selbst unter der Trennung von den südlich von der Hauptarmee gelegenen Truppen gegen eine deutsche Besetzung zu decken.

Vor Ypern.

TU **Von der Schweizer Grenze**, 30. April. Die schweizerischen Blätter bringen einen neuen Pariser Havaskommentar, der zum erstenmal davon spricht, daß man **möglicherweise mit der Besetzung Yperns durch den Feind rechnen müsse.** Eine andere Havasnote besagt, daß der Feind seinen Vorstoß nördlich des Kanals in der Richtung de Klunt fortsetze. Die Schlacht wüte von neuem an der ganzen Front von Dranoutre bis zum Kanal Ypern-Comines.

TU **Genf**, 30. April. Die französische Grenze ist gestern abend auf 48 Stunden geöffnet worden, um die Post durchzulassen. Die heutige Havasnote gibt zu, daß **die Engländer um Ypern ihre Stellungen näher an die Stadt zurückbögen und die alten Stellungen von 1914 wieder einnähmen**, die sich in einer Entfernung von 2 bis 4 Kilometer um Ypern befinden. **Heftiges Artilleriefeuer liege auf dieser neuen Front.**

Die bisherige Beute der Offensive.

TU **Berlin**, 30. April. Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Beute in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf **über 127 000 gezählte unverwundete Gefangene und mehr als 1600 Geschütze erhöht.** Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen zum überwiegenden Teile den **Elitidivisionen der französischen** Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende **Maschinengewehrbeute** ist wieder um einige erhöht.

Wo kommt der nächste Schlag?

TU **Genf**, 1. Mai. Petit Journal meldet: Der Feind verstärkt an der ganzen Front seine Reserven. Es ist unmöglich zu sehen, wo sein nächster Schlag einsetzen wird. — Der Züricher Tagesanz. meldet, daß infolge der wiederholten deutschen Angriffe zwischen Maas und Mosel die dort eingeschobenen **amerikanischen Linien bereits zurückgenommen und durch französische Truppen abgelöst werden mußten.**

Räumung Hazebroucks.

TU **Zürich**, 1. Mai. Der schweizerische Preßtelegraph meldet aus Paris: Hazebrouck wurde unter Leitung des Bürgermeisters von der Zivilbevölkerung geräumt; das Bürgermeisteramt wurde vorläufig in Saint Martin d'Embles untergebracht.

Clemenceau verschweigt den Verlust des Kemmelmassivs.

WTB **Berlin**, 30. April. Das Eingeständnis, daß auch die gerühmte Fähigkeit des Generals Foch die so ungeheuer wichtige Kemmelstellung nicht zu halten vermochte, wird dem französischen Volke vorenthalten. Das ist um so erstaunlicher, als der englische Heeresbericht den Verlust des Kemmels offen zugibt. Der französische Heeresbericht kann allerdings diese Verheimlichung der tatsächlichen Lage an der Westfront ohne Besorgnis riskieren, da Clemenceau die Veröffentlichung der Heeresberichte der englischen Bundesgenossen in Frankreich verbot.

England bereitet auf die drohende Katastrophe vor.

TU **Haag**, 1. Mai. Die englische Presse bespricht die Folgen, die es für den Verlauf des Krieges haben würde, wenn der Kampf der Engländer „mit dem Rücken an der Mauer" zu ungunsten der englischen Truppen entschieden und die Engländer auf die Schiffe gedrängt werden würden. Die englische Presse hält dies für den Endzweck der deutschen Operationen, ist aber der Ansicht, daß eine **solche Katastrophe nicht das Ende des Krieges bedeuten würde.** So sagt der Manchester Guardian: Ein solches Ereignis könnte unmöglich von England und Amerika ruhig hingenommen werden. Der Krieg würde nicht zu Ende sein, er **würde vielmehr aus einem Landkriege zu einem Seekriege werden.**

Die Morningpost sagt: Was würde geschehen, wenn die Deutschen die Alliierten so niederschmetterten, **daß Frankreich und Italien sich fügten und England das dulden müßte? Was wäre die Folge davon? Jedenfalls nicht der Friede, weder mit Amerika noch mit England.** England würde seine Armee vom Kontinent zurückziehen und seine Kräfte zur See zusammenfassen.

Es ist natürlich interessant zu erfahren, diß das englische Publikum nach Meinung der Regierung (die Regierung steht hinter all diesen Ausführungen, die in zahlreichen Pressestimmen zum Ausdruck kommen) mit der Möglichkeit vertraut gemacht wird, daß die englische Armee demnächst vom Kontienent verschwinden könnte, daß ferner der Londoner Vertrag vom 4. September 1915, der die Alliierten zu gemeinsamem Friedensschluß verpflichtet; von Deutschland gesprengt werden könnte, und daß die dann einzig übrigbleibende Form des Krieges nicht erlauben würde, auf Frankreich und Italien Rücksicht zu nehmen. Aehnliche Stimmen liegen auch aus Amerika vor.

Der Krieg auf den Meeren.

Neue U-Boot-Beute.

WTB **Berlin**, 30. April. (Drahtb.) Amtlich. Im Sperrgebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Versenkung

von 28 000 Br.-R.-To.

schwer geschädigt. Den Hauptteil an diesem Erfolge hat Oberleutnant zur See Steindorf. Das von ihm befehligte Boot hat im Aermelkanal allein 6 Dampfer mit zusammen 23 000 Br.-R.-To. vernichtet. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 Br.-R.-To., waren tief beladen und stark gesichert. Drei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein kanadischer 8000 To.-Dampfer versenkt.

WTB **Holyhead**, 30. April. Reuter. Der kanadische Ozeandampfer Cronsa (8075 To.) wurde torpediert und ist gesunken. 110 Passagiere sind gerettet worden. Drei Mann der Besatzung werden vermißt.

Frankreich.

Die Krisenstimmung in Paris.

TU **Genf**, 1. Mai. Rouanet, ehemaliger sozialistischer Abgeordneter von Paris, schreibt in der Berite: Die feindliche Presse braucht nichts zu erfinden, **um Frankreich als entmutigt und zum Bürgerkriege bereit hinzustellen.** Die Spalte der Gerichtsfälle genügt, zahllose Untersuchungen gegen Urheber niederlagesüchtiger Redensarten sind eröffnet, unsere Gefängnisse überfüllt von Angeklagten, die **Friedenssehnsucht ohne Maß und Abscheu gegen den Krieg bekundeten.** Auch das auffallende Zunehmen der Angeberei verrät die Verwirrung im Volke.

Die starke Verschnupfung gegen die Engländer

ist, wie der Zür. Tagesanz. meldet, noch gesteigert worden durch das Wort, daß **England im Falle einer Niederlage sich auf seine Flotte zurückziehen werde.** Man erblickt hierin in Paris eine **direkte Preisgabe der französischen Interessen.** In maßgebenden Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die weitere Gestaltung des augenblicklichen Kampfes in Flandern nicht nur schicksalsschwere militärische, sondern auch wichtige politische Programme enthalte.

Die Untersuchung in der Angelegenheit Czernin—Clemenceau beendet.

TU **Genf**, 20. April. Der Pariser Berichterstatter des Secolo drahtet seinem Blatte: Die parlamentarische Unterkommission zur Prüfung des Zwischenfalles Czernin-Clemenceau hat die Untersuchung abgeschlossen. Es ist ein Fragebogen aufgestellt worden, den Painleve und Briand sowie Ribot in Gegenwart sämtlicher Mitglieder des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantworten sollen. Der Korrespondent fügt dieser Meldung hinzu, man stehe am Vorabend neuer Ereignisse. Der Fall Czernin werde wahrscheinlich noch weitere Enthüllungen bringen.

Kein Nachlassen der Fernbeschießung.

TU **Zürich**, 29. April. „Italia" meldet aus Paris: Der Abtransport der ersten hunderttausend Kinder aus Paris beginnt in den nächsten Tagen. Die deutsche Fernbeschießung zeigt bisher kein Nachlassen.

England.

Der Feldzug gegen Lloyd George.

TU **Bern**, 30. April. Die Londoner Morningpost setzt ihre heftigen Angriffe gegen Lloyd George Tag für Tag fort. Die Anschuldigung der konservativen Partei, daß Lloyd George für die zahlenmäßige Unzulänglichkeit an der französischen Front verantwortlich sei, findet inder öffentlichen Meinung ein immer stärker werdendes Echo. Viele Blätter diskutieren die Möglichkeit eines neuen Kriegskabinetts. Die „Morningpost" schlägt einen neuen Kandidaten für die Premierschaft vor, und zwar den gegenwärtigen Minister des Innern, Sir George Cave, der in den letzten Wochen durch kriegerische Reden sehr in den Vordergrund getreten ist.

Angelsächsische Wut gegen das katholische Irland.

Basel, 30. April. Die Times vom 24. April veröffentlicht einen heftigen Artikel aus Newyork gegen die irischen Katholiken, die nicht gegen die „Mörder der Priester, Entführer der Klosterfrauen und Zerstörer von Kirchen und Kathedralen" kämpfen wollen, und klagt, die irische Kirche sei eng verknüpft mit den Sinnfeinern, den offenen Freunden des Kaisers. Für die Newyork Times steht fest, daß alle Opposition gegen das Rekrutierungsgesetz von den Kardinälen, Bischöfen und Priestern ausgehe. Den nach Amerika abgereisten Bürgermeister von Dublin dürfe man nicht landen lassen, da er als deutscher Agent komme. Für die Times gilt es als ausgemacht, daß der Vatikan seine Befehle von Berlin und die irischen Bischöfe sie vom Vatikan erhalten. Der Heilige Stuhl habe seine Maske abgeworfen, er sei eins mit Berlin, das ihm Wiederherstellung der weltlichen Macht versprochen habe. Der Vatikan habe die Niederlage Italiens verschuldet, er arbeite für die Hunnen, er betrüge die katholische Kirche und Christus selbst. (Dieser Wahnsinnsausbruch spricht sich selbst das Urteil. Die wüsten Beschimpfungen reichen nicht an den Gipfel der Verachtung heran, mit der die damit Bedachten sie aufnehmen werden. Die ganze zügellose Hetze beweist indes sehr sinnfällig die schwere Not der Kriegslage, in welcher der Verband steckt.)

Holland.

Anhaltende Spannung.

TU **Haag**, 30. April. Der Daily Telegraph schreibt zu den deutsch-holländischen Verhandlungen: Holland, das einen so starken Nachbarn hat, verdient alles Mitleid; aber wir sehen uns nichtsdestoweniger gezwungen, gewisse Forderungen zu stellen, die mit den Wünschen Berlins völlig unvereinbar sind. Die Unmöglichkeit, beide Parteien zufrieden zu stellen, bedeutet fast eine unerträgliche Last für die niederländischen Politiker. Wenn die deutschen Forderungen wirklich ernst genommen werden müssen, dann ist die Lage schon sehr kritisch geworden. Holland dürfte gezwungen werden, Partei zu ergreifen. Die Wilhelmstraße will Holland durch fortgesetzte neue Forderungen zwingen, seine Neutralität zu verletzen (??). Die Holländer werden als freiheitliebendes Volk nicht darüber im Unklaren sein, nach welcher Seite sich ihre Sympathien zu richten haben, ihre natürlichen Verbündeten sind die Verteidiger der Unabhängigkeit der kleinen Nationen.

TU **Haag**, 30. April. Spannung und Besorgnis dauern in Holland unverändert fort, obwohl aus Berlin telegraphiert wurde, daß die Schwierigkeiten sozusagen überwunden seien. Die Ursache liegt darin, daß Holland in der Tat jede Entscheidung nach zwei Seiten treffen muß. Die auffallende Ruhe und die scheinbare Passivität der Entente erweckt den Eindruck, daß von einer endgültigen Regelung noch nicht die Rede sein kann. Die Presse verlangt einen genaueren Einblick der Oeffentlichkeit in die eigentlichen Schwierigkeiten.

Rotterdam, 30. April. Der Rotterdamer Korrespondent der Daily Mail telegraphiert seinem Blatte nach London: **Holland habe sich vor der gepanzerten deutschen Faust gebeugt.** Nach einer Periode von 24 Stunden, wo der Zustand ernst zu werden drohte und ein jeder der Ansicht war, daß die Verhandlungen auf den toten Punkt angelangt seien, und man an den Rand von Krieg und Frieden stände. Trotzdem es noch nicht möglich sei, die Einzelheiten des Abkommens anzugeben, könne angenommen werden, daß die Sand- und Kiesdurchfuhr demnächst wieder aufgenommen und das wirtschaftliche Abkommen veröffentlicht werden wird, das, wie es laut Berl. L.-A. heißt, Deutschland große wirtschaftliche Vorteile bringen und automatisch auch in Zukunft Deutschlands Handel Vorteile sichern werde mit Rücksicht auf die Ausfuhrverbote der Entente und die gegenwärtigen britischen Handelsbeziehungen. Auch Hollands Kapital solle nach dem Osten statt nach dem Westen gelenkt werden. Dem Haager Korrespondenten des Daily News zufolge hat die holländische Regierung den deutschen Forderungen nachgegeben.

Italien.

Parlamentarische Hinterlistigkeiten.

TU **Lugano**, 29. April. Unter der Ueberschrift „Parlamentarische Hinterlistigkeiten" beschäftigt sich der Corriere della Sera in seinem Leitartikel mit den Vorgängen in der Kammer, die augenscheinlich in ihrem ganzen Umfange der Oeffentlichkeit unbekannt geblieben sind. Das Blatt sagt: Es wiederhole sich eins der **allertraurigsten Schauspiele. Wir sahen eine Kammer, die mit Einmütigkeit, mit Ausnahme der Sozialisten, den Krieg gewollt und für den Krieg gestimmt hatte, gegen Männer, die den Krieg führen, einen Feldzug des Hasses führen.** Die Kammer warf diesen Männern Unfähigkeit vor. Das italienische Volk muß feststellen, daß seine Abgeordneten die allerbedenklichsten Zeichen der Schwäche und Entmutigung zur Schau tragen. Sie säen Zwietracht und machen sich der Abtrünnigkeit von der großen und

Landesbibliothek Oldenburg

heiligen Sache des Vaterlandes schuldig. Die Kammersitzungen bedeuten für die Nation eine Periode der Angst und Besorgnis. Das Volk atmet erleichtert auf, wenn die Kammer wieder geschlossen ist. Zum Schlusse stellt das Blatt fest, daß man viel Schlimmeres unmöglich über die Kammer schreiben könne. Das Giornale d'Italia dagegen ist über das Ergebnis der Sitzungen anderer Ansicht und schreibt: Niemand wagte zu behaupten, daß Italien irgend etwas Besseres tun könnte als kräftig mit den Alliierten weiter zu kämpfen. Idea Nazionale sagt: Während der Wert des Parlaments sich verringert, wachsen außerhalb die großen politischen Charaktere. Das Blatt prophezeit, daß der politische Krieg nach Friedensschluß die Fortsetzung des Krieges sein werde und dies eine neue politische Realität sei.

Rußland.

Tschitscherin gegen deutschfeindliche Propaganda.

tu. **Basel**, 30. April. Wie Havas aus Petersburg berichtet, ersuchte Tschitscherin alle Sowjets, sich jeglicher aufreizenden Propaganda gegen die Staatseinrichtungen der Mittelmächte zu enthalten.

Die Vorgänge in Petersburg.

tu. **Wien**, 30. April. Über den angeblichen Ausbruch einer Gegenrevolution in Rußland liegen an hiesiger diplomatischer Stelle keine bestätigenden Nachrichten vor. Die Möglichkeit, daß sich in der russischen Hauptstadt bedeutsame Ereignisse abgespielt haben, wird jedoch nicht in Abrede gestellt. Lenin soll schon vor einiger Zeit Neigung zu einer gründlichen Änderung der bolschewistischen Politik und zu einem Zusammenwirken mit andern Parteien gezeigt haben.

Finnland.

Wiborg erobert.

WTB **Berlin**, 30. April. Das finnische Hauptquartier meldet: Wiborg wurde erobert.

WTB. **Kopenhagen**, 30. April. Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teile von Servara Trenhara. 6000 Revolutionäre versuchten sich den Weg nach Frederikshamn zu bahnen, der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgeschlagen. Durch diesen Sieg brach das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes.

Zusammentritt des finnischen Landtags.

TU **Stockholm**, 30. April. Stockholms Tidningen zufolge erklärte das der finnischen Regierung angehörige Mitglied Castren, daß der finnische Landtag demnächst zur Erledigung dringender Fragen und zur Erneuerung des Regierungsmandats in Helsingfors zusammentreten werde. Svenska Dagbladet erfährt, daß der Gedanke der Einführung der Monarchie allmählich in den bürgerlichen Kreisen Boden gefaßt habe.

Norwegen.

Schiffserpressung durch Amerika.

TU **Zürich**, 30. April. Die Neue Zür. Ztg. erfährt von der skandinavischen Grenze: Die Stimmung ist wegen der neuen Bedingungen Amerikas für das vorgeschlagene Tonnageabkommen Norwegens äußerst erregt. Wie verlautet, sollen die Bedingungen Norwegen aus der Neutralität herausführen, wenn dieselben angenommen würden. Die norwegische Presse führt eine sehr scharfe Sprache gegen Amerika einschließlich die Presse ententefreundlicher Zeitungen.

Türkei.

Die Besetzung des Gebiets von Kars und Batum durch die Türken.

WTB **Konstantinopel**, 29. April. Amtlicher Bericht: Palästinafront: Auflebendes Geschützfeuer an verschiedenen Stellen der Front. Erkundungsabteilungen des Gegners wurden abgewiesen. Ein feindlicher Fesselballon wurde von unseren Jagdfliegern brennend zum Absturz gebracht.

Kaukasus-Front: Unsere Truppen nehmen von dem Gebiet östlich Kars bis zur Grenze Besitz.

Auf den übrigen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Rumänien.

Bevorstehende Unterzeichnung des Friedensvertrages.

TU **Berlin**, 29. April. Wie wir aus gutunterrichteter parlamentarischer Quelle erfahren, wird für die erste Maiwoche die engültige Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages in Bukarest mit Bestimmtheit erwartet. Außer den Herren von Kühlmann und Burian haben sich auch die Vertreter der Türkei und Bulgariens am Sonntag mittag nach Bukarest begeben.

Griechenland.

Kein Beitritt zum Londoner Friedensvertrag.

Entgegen der in gestriger Nummer mitgeteilten Nachricht wird gemeldet:

TU **Zürich**, 30. April. Der griechische Gesandte in Bern hat erklärt, daß Griechenland dem Londoner Vertrag, keinen Separatfrieden zu schließen, nicht beigetreten sei; die dahingehende Mitteilung Pariser Blätter sei unrichtig.

Amerika.

Schiffbeschlagnahme durch Argentinien?

WTB **London**, 30. April. Reuter. „Times" erfahren aus Buenos Aires, daß in einer amtlichen Mitteilung des Handelsdepartements aus Washington angedeutet wird, daß Argentinien die in seinen Häfen aufgelegten Schiffe in Gebrauch nehmen müsse, da es sonst wahrscheinlich nicht möglich sei, Schiffsraum für die Reisenden nach den La Plata-Häfen zur Verfügung zu bekommen.

Aus den Kolonien.

Die unbequeme Forderung Indiens auf Homerule.

TU **Rotterdam**, 28. April. Hier eingetroffene englische Blätter melden, daß die Abordnung Indier, die nach England gehen sollte, um dort die Selbstverwaltung für Indien zu befürworten, im letzten Augenblick an der Abfahrt aus Indien verhindert wurde durch Zurückziehung der Pässe seitens der englisch-indischen Behörden.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich und die Polen.

TU **Wien**, 30. April. Die Verhandlungen, die Baron Burian noch vor seiner Abreise mit den Polen angeknüpft hat, haben eine günstigere Stimmung bei diesen hervorgerufen. Baron Burian und Dr. v. Seidler haben den Polen bezüglich der Cholmer Angelegenheit sowie der Unteilbarkeit Galiziens Zusicherungen gemacht. Baron Burian soll gewisse Verfügungen, die zu Ungunsten der Polen erlassen wurden, zurückgezogen haben.

Zur Unabhängigkeitsfrage der slawischen Völker.

TU **Lugano**, 29. April. Laut einer Meldung des „Secolo" veröffentlichen die slawischen Israeliten eine Kundgebung, in der sie ihr volles Einverständnis mit der Unabhängigkeit und Freiheit der serbisch-kroatisch-slowenischen Völker ausdrücken. Der Kroate Ossick ist der Urheber dieses Manifestes.

Der Fürstbischof von Laibach unter Anklage.

TU **Wien**, 1. Mai. Wie der Pester Lloyd aus Laibach meldet, hat der Kanonikus des Domkapitels Laibach, Dr. Eugen Lampe, gegen den Fürstbischof von Laibach, Dr. Jeglics, bei der Nunziatur in Wien die Anzeige erhoben, daß **Jeglics eine Tätigkeit entwickle, die den Interessen des Glaubens und der Kirche zuwiderlaufe.** Der Fürstbischof wird beschuldigt, sich an die Spitze der südslawischen Deklarationsbewegung gestellt zu haben. Die Nunziatur hat die Anzeige zur Kenntnis genommen und den Fürstbischof von Görtz mit den Vorarbeiten betraut.

Der Mörder des Erzherzogpaars gestorben.

WTB. **Wien**, 30. April. Die Blätter melden aus Prag, daß gestern in der Festung Theresienstadt Gavolo Princip, der Mörder des Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, gestorben ist.

Ein Eid der deutschen Treue.

WTB. **Wien**, 30. April. Die „Oesterreichische Volkszeitung" meldet: Sonntag fand in Gratz der zweite deutsche Volkstag statt. Die Versammelten leisteten in feierlicher Form folgenden **Eid: Wir schwören beim Andenken unserer gefallenen Söhne und Brüder, bei allem, was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens mehr preiszugeben und treu festzuhalten an dem Bündnis mit den Brüdern im Reiche, komme was da wolle!** Denn hoch über allen anderen Pflichten steht die Pflicht der Treue gegen das eigene Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe!

Vom italienischen Kriegsschauplatz.

Der österreichische Tagesbericht.

Aufleben der Gefechtstätigkeit.

WTB **Wien**, 30. April. Amtlich wird verlautbart: Die Gefechtstätigkeit an der Südwestfront hat wieder beträchtlich zugenommen. An der Piave wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Deutsches Reich.

Vor der Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 30. April.

Im Preußischen Abgeordnetenhause stand heute auf der Tagesordnung die

zweite Beratung der Wahlrechtsvorlagen

und der Vorlagen betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses und betreffend die Abänderung der Verfassung. Die §§ 1 und 2 enthalten Bestimmungen über die Wahlberechtigung und den Ausschluß von der Wahlberechtigung. Nach § 3 der Regierungsvorlage soll das gleiche Wahlrecht, nach den Kommissionsbeschlüssen ein Mehrstimmenwahlrecht eingeführt werden.

Abg. Graf v. Spee (Zentr.): Ich stelle den Antrag, Punkt 1—3 von der Tagesordnung abzusetzen und bis zum Friedensschluß zu vertagen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Rechten und einzelner Zentrumsmitglieder.) Ich stelle den Antrag auf eigene Faust. In dem Juni-Erlaß ist nicht gesagt worden, daß die Wahlreform noch während des Krieges erfolgen soll. Es muß alles vermieden werden, was den Anschein erwecken könnte, daß wir die Einigkeit im Innern nicht aufrechterhalten könnten. Es handelt sich vor allem um den Zeitpunkt, in welchem die Wahlreform ihre Erledigung finden soll. Da werden Sie alle einsehen, daß der jetzige Existenzkampf, der gewaltigste, den wir je erlebt haben, nicht dazu angetan ist. Die Annahme meines Antrages wird im Innern wie an der Front geradezu eine Erlösung bedeuten. (Bravo! rechts. Widerspruch links.) Wir kommen nur mit der Annahme meines Antrages zum Ziel, sonst wächst die Hoffnung unserer Feinde, uns endlich doch noch besiegen zu können. Die Zeit ist nicht geeignet, uns zu gestatten, politische Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck zu bringen. (Zuruf links: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident **Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz**: Der Antrag und seine Begründung sind geschäftsordnungsmäßig zulässig.

Abg. Graf Spee (fortfahrend): Die verdammte Friedensresolution vom 19. Juli . . . (Großer Lärm. Die weiteren Ausführungen des Redners gehen verloren.) Das deutsche Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr" sollte auch heute für uns maßgebend sein. Ich komme von der Front im Wesen und werde sofort dahin zurückkehren, weil ich dies politische Durcheinander nicht mehr vertragen kann. (Lebhafte Zustimmung rechts, Unterbrechungen links.) Sie sollten die Begeisterung draußen kennen und auf sich wirken lassen und dann zeigen, daß wir der Helden da draußen würdig sind. (Beifall, Widerspruch, Zischen.)

Stellvertretender Präsident des Staatsministeriums **Dr. Friedberg**: Der Antrag Spee hat, wie ich glaube, das hohe Haus, die eigene Partei des Vorredners und die königliche Staatsregierung überaus überrascht. Der Vorschlag ist gewiß aus hochherzigen Erwägungen entstanden. Er würde aber nicht den Erfolg haben, den der Antragsteller sich verspricht. Eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist, auf eine unbestimmte Zeit zu vertagen, würde den inneren Frieden unseres Volkes auf das tiefste gefährden. (Beifall und Händeklatschen links.) Die königliche Staatsregierung könnte die Verantwortung nicht übernehmen und müßte die Annahme des Antrages mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beantworten. (Brausender Beifall, große Unruhe.)

Abg. **Dr. Porsch** (Zentr.): Uns kommt der Antrag des Grafen Spee leider nicht überraschend; er hat ihn in der Fraktion angekündigt, er ist in der Fraktion einmütig und dringend gebeten worden, den Antrag nicht zu stellen. Er stellt ihn in seinem eigenen Namen. Ueber die Zulässigkeit, die Vorlage während des Krieges zu entscheiden, kann man verschiedener Meinung sein; aber nachdem sie einmal eingebracht worden ist, ist es nicht mehr möglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Beifall.)

Abg. **Dr. Pachnicke** (F. Vpt.): Ich kann mein Befremden darüber nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der geschäftsordnungsmäßigen Begründung so weit hat ziehen können, daß er selbst Ausführungen wie von der „verdammten Friedensresolution" (Hört, hört!) unbeanstandet hat passieren lassen. Was den Antrag selbst betrifft, so hat er entgegen den Gewohnheiten der Antike das Satyrspiel vor das Drama gestellt. Der Antrag ist ein Hohn auf die königliche Botschaft des Staatsministeriums. (Zuruf: Auf das Land! Lebhaftes Bravo! links. Rufe: Nein! rechts.) An diesen Antrag verschwende ich kein Wort weiter. Wir werden gegebenenfalls namentliche Abstimmung beantragen.

Präsident Graf **v. Schwerin-Löwitz**: Ich bitte, die Handhabung meiner Geschäfte nicht einer Kritik zu unterziehen. (Rufe: Sehr berechtigt!) Der Präsident rügt nachträglich den von dem Grafen Spee gebrauchten Ausdruck „verdammte Friedensresolution des Reichstages" und erklärt, daß er ebenfalls von dem Antrag überrascht worden sei.

Abg. **v. Heydebrand** (konf.): Wir beklagen es tief, daß durch die Verhandlung die Gemüter so sehr aufgeregt werden. Da der Antrag Spee für uns überraschend gekommen ist, so stelle ich den Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, um das Für und Wider des Antrages abzuwägen.

Der Antrag Heydebrand wird mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und eines Teiles des Zentrums angenommen.

12 Uhr 10 Minuten wird die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

* * *

Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

In der Debatte wird das Bedenken geäußert, ob der Antrag Spee überhaupt zulässig sei.

Abg. **Dr. Porsch** (Zentr.): Der Antrag Spee ist zweifellos zulässig. Als in früheren Jahren von Windthorst beantragt worden war, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, da stellte die Linke den Antrag auf sechsmonatige Zurückstellung. (Hört, hört!) Das geschah. Aus den sechs Monaten ist inzwischen eine etwas längere Zeit geworden. (Heitere Zustimmung.)

Die namentliche Abstimmung wird vollzogen.

Die namentliche Abstimmung ergibt, daß 60 für, 333 gegen den Antrag sind, bei einer Stimmenthaltung. Der Antrag auf Vertagung der Vorlage bis zum Frieden ist somit abgelehnt. Das Zentrum stimmte geschlossen dagegen. Ein Zufall wollte es, daß der Antragsteller, Graf Spee selbst, der für einen Augenblick den Saal verlassen hatte, nicht an der Abstimmung teilnahm.

Darauf tritt das Haus in die sachliche Beratung der Vorlage ein.

Abg. **Dr. Bell** (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen im Ausschuß.

Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling:

Meine Herren! Die Vorgänge in der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangten. Aber, m. H., gerade diese Vorgänge und die lebhafte Erregung, die sich hier kundgegeben hat, haben doch gezeigt, wie stark innerhalb dieses Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortlichkeit ist, mit dem Sie der jetzigen Entscheidung entgegentreten. Dieses Gefühl der Verantwortung, das ich also nicht erst hervorzurufen brauche, das ich voraussetzen darf, gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, den Weg zu finden, der die jetzt so weit auseinanderliegenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Einheit zusammenfaßt. (Erneuter Beifall.) M. H.! Daß der Artikel in der Fassung, die ihre Kommission ihm gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das, m. H., werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung selbst gesagt haben (Zustimmung), und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Dr. Lohmann, der aus dem Kommissionsantrag verschiedene Schärfen beseitigt, auch dieser Antrag kann nicht zum Ziele führen, denn auch dieser Antrag nimmt dem Gesetz nicht den plutokratischen Charakter, den wir schlechterdings vermeiden wollten. M. H.! Ein plutokratisches Wahlrecht ist unwirksam, oder es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze, statt eine Milderung herbeizuführen. M. H.! Ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte abmißt nach dem Maß von Vermögen und Einkommen, sei dies direkt oder indirekt, ist heute in unserm Volke nicht möglich (lebhafte Zustimmung) angesichts der unausgesetzten Verschiebungen in den finanziellen Verhältnissen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen, angesichts auch des Grades politischer Bildung unseres Volkes. Auf ein plutokratisches Wahlrecht kann sich die Regierung nicht einlassen. **Es kann sich also nur handeln um das allgemeine, gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind.** M. H.! **Das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden.** (Beifall.) Die Zusage ist gegeben, die Zusage muß eingelöst werden, und, m. H., ich bitte das zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel eines gleichen Wahlrechts in einer großen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht ist und manche Staaten weit hinausgehen über das, was der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf vorschlägt. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.) M. H.! **Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Preußen dieser tiefgehenden Bewegung entzieht, daß in Preußen allein dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll.** (Sehr richtig! links.)

M. H.! **Es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, die befürchteten allzu weit gehenden radikalen Forderungen, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu beseitigen.** In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten. Andere sind an anderen Stellen wohl möglich. **Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen.** (Hört, hört! auf der äußersten Linken.) Die Regierung wird diese Anregung mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür eingesetzt hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu gleicher Zeit fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die befürchteten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden. (Zustimmung.) **Ich zweifle nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann.**

M. H.! Es ist ja doch überall wünschenswert, daß wir jetzt und daß wir bald zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben, wenn das auch nicht immer in die Erscheinung tritt, dreht sich zurzeit im Bewußtsein des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte. Rufe rechts: Nein, nein! Erneute Zustimmung links und in der Mitte.) Die Ansichten darüber können ja verschieden sein, das bezweifle ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein, möglichst Fühlung zu nehmen und mir die Stimmung der verschiedenen Volkskreise zur Kenntnis zu bringen. Da ist mir immer wieder entgegengetreten: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden. (Lebhafter Beifall.) M. H.! Es ist schon bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, **wie notwendig es ist, in unserem Volke die Einmütigkeit, die es in diesem Kriege bewiesen hat, zu erhalten,** und unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, **es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, wenn Sie von allen zu weit gehenden Gegensätzen in dieser Frage jetzt zurücktreten wollen.**

M. H.! Jetzt liegt die Lage so: **Jetzt sind wir noch in der Lage, die Zusage, die gegeben worden ist und eingelöst werden muß, einzulösen, ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann die Zusage noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, deren Gefahren wir gar nicht übersehen können, uns abringen lassen.** (Hört, hört! auf der äußersten Linken.) **Das gleiche Wahlrecht kommt, es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit.** (Sehr wahr!) **Es kommt! Entweder ohne Erschütterungen, oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen,** und darum lautet die Frage **jetzt: Wie wollen Sie sich dazu stellen?** Wollen

Landesbibliothek Oldenburg

Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen schon jetzt vorzunehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen in Zukunft bewahren, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann? (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. v. Heydebrand (kons.): Der Ministerpräsident hat den Wunsch nach einer Verständigung ausgesprochen. Er kann demnach nicht erwarten, daß wir die Regierungsvorlage einfach annehmen. Wenn der Ministerpräsident sagt, daß in allen Schichten des Volkes das gleiche Wahlrecht verlangt wird, so halten wir dem entgegen, daß weite Volkskreise das gleiche Wahlrecht nicht wollen. Auch wir halten das gegenwärtige Wahlrecht für reformbedürftig. Die konservative Fraktion hat bei den früher dem Landtage vorgelegten Wahlrechtsentwürfen fleißig mitgearbeitet und sie ist nicht schuld, wenn sie gescheitert sind. Was die von der Krone gegebene Zusage betrifft, so kann ich die Auffassung der Regierung nicht teilen, daß die Minister sich hinter den König stellen; nach unserer Meinung sollen sie vor dem König stehen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man die Forderung des gleichen Wahlrechts mit den militärischen Verhältnissen begründen will, so gibt es ja nichts, wo die Ungleichheit größer wäre, als das Heer. Um ein Heer zu finden, in dem vollständige Gleichheit herrscht, muß man nach Rußland gehen. Bei der Einführung des gleichen Wahlrechts wird sich nicht nur die Zusammensetzung des Hauses, sondern auch der Parteien ändern. Wer am meisten verspricht, der wird in das Haus einziehen. Der Charakter des Hauses wird sich nicht nur zahlenmäßig, sondern auch innerlich ändern. Wird es dann noch möglich sein, den preußischen Staat so aufrechtzuerhalten, wie es heute möglich ist? Wir haben in Preußen unser finanzielles Rückgrat, und das beruht einstweilen noch auf den direkten Steuern. Und nun wollen Sie der besitzlosen Klasse die Herrschaft übergeben, das, was den Besitzenden zukommt? (Zwischenruf des Abg. Hoffmann: Im Schützengraben sind sie gleichberechtigt!) Wenn Sie das gleiche Wahlrecht in Preußen einführen, dann werden wir auf der Rechten nicht mehr zu unserm Recht kommen. Muß nicht ein Wahlrecht, das gesund sein will, sich der bürgerlichen Gliederung des Volkes anpassen, so daß jedes Glied zu seinem Recht kommt? Wir verteidigen unsern Standpunkt für uns und unsere Kinder. Wir wissen, was wir tun. Wir treten vor unsere Wähler und rechtfertigen, was wir getan und wie wir gehandelt haben. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Daß die Staatsregierung unbedingt an dem gleichen Wahlrecht festhält, hat auch eben wieder der Ministerpräsident erklärt. Wir sind uns bewußt, daß eine Verständigung sehr wohl möglich ist. Der Abg. Heydebrand hat an mich die Frage gerichtet, ob der Träger der Krone von den damaligen Ministern rechtzeitig davon unterrichtet worden sei, daß das Kompromiß der sogen. Mehrheitsparteien in Vorbereitung war, durch das die Schwierigkeiten in dieser Frage beseitigt werden würden. Diese Frage kann ich bejahen. (Hört, hört!) Der Träger der Krone ist selbstverständlich vor Erlaß der Botschaft in eingehender Weise unterrichtet worden. (Erneutes Hört, hört!) Die Ansicht, daß die Minister nicht vor der Krone, sondern hinter der Krone stehen, ist unrichtig; weil ich als guter Altpreuße auf dem Boden der Konstitution stehe, habe ich den Wunsch, daß der König möglichst gedeckt durch die Minister in die Oeffentlichkeit tritt. Die Zusammensetzung des Herrenhauses wird auch ihre Wirkung auf die Polenpolitik haben. Das Pluralwahlrecht, wie es der Abg. v. Heydebrand will, wird dieselbe Wirkung haben. Wäre Herr v. Heydebrand konsequent, so müßte er auch das Pluralwahlrecht ablehnen und das gleiche Wahlrecht beibehalten. Die Regierung meint auch, daß auf das Gemeindewahlrecht das preußische Wahlrecht keinen Einfluß zu haben brauche, daß beide nicht auf unbedingt gleicher Basis zu beruhen haben. Bebel hat sich dahin ausgesprochen, daß Staat und Gemeinde zwei völlig verschieden konstruierte Körperschaften sind. Ihre Verfassung könne nicht über einen Kamm geschoren werden. Mit der Botschaft vom 11. Juli ist ein Regierungsprogramm aufgestellt worden, das, wenn es einmal in die Welt hinausgegangen ist, nicht mehr aufzuhalten ist. Die Beunruhigung im Volke darf nicht mehr länger andauern.

Nachdem auf Antrag des Abg. Dr. Porsch (Zentr.) beschlossen worden war, zur Vermeidung einer doppelten Generaldebatte die Artikel 1—3 der Vorlage zusammen zu beraten, gab

Abg. Dr. Porsch (Zentr.) die Erklärung ab, daß ein kleiner Teil seiner Partei gegen die Regierungsvorlage stimmen werde. Das Volk erwartet keine langen Reden, sondern Abstimmungen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

* * *

Blätterstimmen.

WTB. Berlin, 1. Mai. (Drahtb.) Zu den gestrigen Wahlrechtsverhandlungen schreibt die „Vossenzeitung": Mit der Ablehnung muß als sehr wahrscheinlich gerechnet werden, aber alles deutet darauf hin, daß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung noch entscheidende Dinge abspielen werden. Man erzählt, daß stille Einflüsse am Werke sind, die Auflösung zu vermeiden. Die „Berl. Volksztg." spricht von Kompromißstimmung nach dem Sturm. Der „Vorwärts" schreibt: Die Regierung, die die Parole des gleichen Wahlrechts ausgegeben hat, muß sich darüber klar sein, daß es auf diesem Wege nur ein Vorwärts und kein Zurück gibt. Die „Germania" hält es für notwendig, zu sagen, daß man sich in den Kreisen der Gegner endlich in die Gedankengänge des Reichskanzlers finden muß, daß der Zug des gleichen Wahlrechts unaufhaltsam sei und die Staatsklugheit gebieterisch fordere, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Professor Dr. Spahn schweigt.

Von einem angesehenen Politiker wird uns geschrieben: Man mußte mit Interesse dem Material entgegensehen, das Herr Spahn, der an ihm ergangenen Anregung entsprechend, der Oeffentlichkeit unterbreiten werde, um darzutun, daß Erzbergers Tätigkeit die Interessen des Deutschen Reiches schädigt, und daß ein Fall Erzberger bevorsteht, neben dem der Fall Lichnowsky „erstarren" werde. Die Erwartungen, die die Andeutungen des Artikels Spahn im „Tag" vom 18. d. Mts. weckten, sind vorerst unerfüllt geblieben. Und dabei wird es auch sein Bewenden haben. Herr Spahn kennt auch heute noch nicht die Aufträge, die Reichskanzler von Bethmann-Hollweg dem Abg. Erzberger erteilt hat, noch des letzteren Berichte, noch die Anschauungen jener deutschen Auslandsvertretungen, mit denen Erzberger Hand in Hand gearbeitet hat, noch seine Betätigung. Es ist nicht anzunehmen, daß ihm dies für die Beurteilung der Reisen Erzbergers maßgebende Material in absehbarer Zeit zur Verfügung gestellt werden wird. Er wird also nicht in der Lage sein, sein Urteil auf etwas Neues und anderes zu stützen als auf mißverstandene Zeitungsartikel und auf absprechende Redereien. Die gegen den Abg. Erzberger geübte Methode der Bekämpfung hat inzwischen von zuständiger Stelle eine ebenso würdige wie entschiedene Zurückweisung erfahren durch den Vizepräsident des Reichstages Dr. Paasche, der im Anschluß an den Ausdruck des Unwillens über die Angriffe der „Deutschen Zeitung" gegen den Staatssekretär sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß auf die gleiche Weise eines der kenntnisreichsten und fleißigsten Mitglieder des Reichstages in der gehässigsten Form angegriffen werde. Dem Abg. Erzberger ist durch diese Erklärung des Vizepräsidenten des Reichstages eine Genugtuung geworden, die die Treibereien der alldeutschen Presse einschließlich des Spahnschen Angriffs in jeder Hinsicht aufwiegt. Abg. Erzberger, der sich an vaterländischer Gesinnung von keinem seiner Gegner übertreffen läßt, kann mit der seiner politischen Tätigkeit durch Dr. Paasche ausgesprochenen Anerkennung wohl zufrieden sein. Daß die Tägl. Rdsch. den auf Erzberger bezüglichen Teil des Berichtes gestrichen hat, zeigt, daß sie auch durch den Appell des Vizepräsidenten des Reichstages noch nicht bekehrt worden ist. Sie ist offenbar entschlossen, es bei der alten Methode zu belassen.

Begegnung Kaiser Karls mit Kaiser Wilhelm.

TU Wien, 30. April. Wie verlautet, wird Kaiser Karl in der nächsten Zeit, vielleicht in etwa 14 Tagen in Begleitung des Ministers des Aeußern, Baron Burian, ins Große Hauptquartier zum Besuche Kaiser Wilhelms reisen. Dieser Besuch hat zweifellos **weittragende politische Bedeutung**, und man geht in der Annahme kaum fehl, daß bei den bevorstehenden Besprechungen **grundsätzliche Fragen zur Erledigung gelangen werden.**

Die „Wejerztg." bemerkt dazu:

Die grundsätzlichen Fragen, die dabei zur Sprache kommen werden, können, wie die Dinge heute liegen, wohl kaum bereits die Friedensbedingungen im Westen oder im Süden betreffen. Wenn von seiten der österreichischen Presse noch vor etwa zwei Wochen diese Anschauung bestätigt wurde, so ist darin jetzt ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Nach der augenblicklichen Stimmung in Wien zu urteilen, können die Besprechungen nur die Aufnahme der österreichischen Offensive gegen Italien betreffen.

Die elsaß-lothringische Verfassung.

TU Dresden, 30. April. Im sächsischen Landtag kam gestern die elsaß-lothringische Frage zur Sprache. Die Regierung erklärte, daß an den Bundesrat bisher weder Vorschläge noch bestimmte Vorlagen gelangt seien. Die bisherige Form der Verfassung habe sich nicht bewährt, namentlich nicht die Neuregelung von 1911, gegen welche die sächsische Regierung schon damals Bedenken gehegt habe. Welche Lösung schließlich angenommen werde, stehe noch dahin.

Einzelstaaten und Reichserbschaftssteuer.

TU Dresden, 30. April. Der sächsische Finanzminister erklärte in der zweiten sächsischen Kammer, die Einzelstaaten würden wohl keinen Einwand gegen einen weiteren Ausbau der Reichserbschaftssteuer erheben.

Leutnant Drebing mit dem Pour le merite ausgezeichnet.

TU Kassel, 30. April. Der kürzlich im Heeresbericht rühmend erwähnte Kasseler Volksschullehrer Ltn. d. Res. Drebing wurde mit dem Orden Pour le Merite ausgezeichnet. — Soweit bekannt, erhielten vor ihm zwei Volksschullehrer diesen Orden und zwar die Fliegerleutnants Bongartz und Kroll.

Drei neue Rheinbrücken.

WTB Berlin, 30. April. (Drahtb.) Der Kaiser richtete an den Kronprinzen folgendes Telegramm:

„Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit, dem Kronprinzen, Großes Hauptquartier, Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Es ist mir eine große Freude, Dir mitzuteilen, daß ich heute befohlen habe, daß die **Rhein-Eisenbahnbrücke** bei Engers, welche in großer Zeit erbaut, der **Landesverteidigung wichtige Dienste leisten** soll, den Namen **„Kronprinz-Wilhelm-Brücke"** führen soll. Die Verwaltung der Preußischen Staatseisenbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will dadurch dankbar Deinen Namen als Heerführer verewigen."

Die gleiche Ehrung ließ der Kaiser dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zuteil werden, indem er die neue Rheinbrücke bei Rüdesheim nach ihm benannte, und dem Ersten Generalquartiermeister General der Infanterie Ludendorff, dessen Namen die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Vlämische Wünsche.

TU Zürich, 1. Mai. Der vlämische Verband in Antwerpen richtete, wie aus dem Haag gemeldet wird, an den Rat von Flandern ein Gesuch, bei den Friedensverhandlungen für die **Rückgabe von Lille, Valenciennes, Arras und Cambrai an Flandern** einzutreten.

Die Getreidelieferung der Ukraine.

WTB Kiew, 30. April. Nach einer Meldung der Kiewer Zeitung „Kiewskaja Viel" hat der ukrainische Ministerpräsident von den **für die Bevölkerung der Zentralmächte bestimmten 60 Millionen Pods Getreide** die Erhebung der tariflichen Abgabe angeordnet.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

☞ Vechta, 1. Mai.

* Cloppenburg, 1. Mai. Nach Anordnung der Landesfettstelle erhält jeder Butterkartenempfänger auch im Monat Mai für eine Wochenration zur Hälfte Margarinefett. Die Verteilung der Margarine erfolgt durch die Molkereien bzw. besonderen Butterverkaufsstellen; für die Stadt Cloppenburg erfolgt dieselbe bereits von heute ab.

Aus der Residenz und dem Norden.

☞ Oldenburg, 1. Mai.

Beratungen über die Kanalfrage.

Auf Einladung des Stadtmagistrats Oldenburg hatten sich am Sonnabend, dem 27. April, Vertreter der Stadtverwaltungen und Aemter Oldenburg, Ammerland, Friesoythe, Delmenhorst, Elsfleth, Brake, Butjadingen, Varel und Rüstringen, sowie zahlreiche Interessenten aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft in Oldenburg zusammengefunden. Herr Oberbürgermeister Tappenbeck begrüßte namens der Stadt Oldenburg die Anwesenden und besonders Herrn Oberfinanzrat Stein, der als Vertreter der Großherzoglichen Staatsregierung entsendet war. Er betonte, daß nach seiner Ueberzeugung für die Interessen des gesamten Landes der Kanal Dörpen—Oldenburg allein in Frage kommen könne, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Vertreter der übrigen Kreise diesen Standpunkt vertreten würden. Hierauf erteilte er Herrn Professor Dr. Durktho ff das Wort, der sich in einem längeren Vortrag über den Dörpener Kanal, den Kanal Bramsche—Bremen und das neuerdings wieder aufgetauchte Projekt eines Küstenkanals von Emden zur Jade und von da weiter durch Butjadingen nach der Unterweser ausließ. An den Vortrag schloß sich eine sehr rege mehrstündige Aussprache, an der sich die Vertreter sämtlicher eingeladenen Kreise beteiligten. Sämtliche Redner mit Ausnahme der Vertreter von Delmenhorst sprachen sich dahin aus, daß der Kanal von Dörpen über Lampe nach Oldenburg im allgemeinen Interesse des Landes nach wie vor mit allen Kräften anzustreben sei. Für den Kanal Bramsche—Bremen wurde in der Versammlung nicht eine einzige Stimme laut. Dagegen traten die Delmenhorster Herren für eine Kanalverbindung ein, die bei Bramsche beim Mittellandkanal abzweigt, in möglichst unmittelbarer Nähe an Delmenhorst vorbei und erheblich weiter flußabwärts, als jetzt projektiert, möglichst bei Elsfleth, mindestens aber gegenüber von Vegesack in die Weser einmündet. Für einen Kanal Bramsche—Elsfleth bekundeten auch einige Vertreter der Unterweser Interesse.

Es wurde allseitig betont, daß angesichts des Bremer Vorgehens die Gesamtinteressen des Oldenburger Landes nachdrücklichst mit allen Mitteln gewahrt werden müßten. Zur weiteren Vertretung der oldenburgischen Kanalinteressen und zur gutachtlichen Beratung der Regierung in diesen Kanalfragen wurde ein Ausschuß gebildet, in den Vertreter sämtlicher bei diesen Kanalfragen interessierten Städte und Aemter gewählt wurden. (Anm. d. Schriftl.: Mit den Delmenhorster Herren werden auch die Aemter Wildeshausen, Vechta und Cloppenburg für den Kanal Bramsche—Delmenhorst eintreten können.)

ha. Das Großherzogliche Theater hat mit dem gestrigen Tage seine Spielzeit beendet. Den ausscheidenden Künstlern wurden von den begeisterten Freunden und Freundinnen herzliche Ovationen zuteil. Am Montag wurde für die in den hiesigen Lazaretten befindlichen Verwundeten „Alt-Heidelberg" gegeben. Die rückliegende Spielzeit hat die vielen Freunde des Theaters nicht in allen Teilen befriedigt, teilweise sogar enttäuscht.

(—) In Untersuchungshaft genommen wurde, wie die „Nachr. f. St. u. L." melden, der frühere P. M. Er war mehrere Jahre in Vechta angestellt und kam so mit den Insassen des Weibergefängnisses in dienstliche Beziehung. Bei dieser Gelegenheit soll er sich nun an mehreren Weibern vergangen haben. Die eingeleitete Untersuchung wird jetzt Klarheit in diese Angelegenheit bringen. Als M. noch in Vechta angestellt war, lief ein derartiges Gerücht um. Er wurde deshalb vor einigen Jahren von dort entlassen. M. wandte sich dann nach Rastede, woselbst er sich an einem Privatschulunternehmen beteiligte.

(—) Eingebrochen wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. April bei dem Arbeiter Heitmann zu Ohmstede und Räucherwaren im Werte von 500 Mk. gestohlen, die daselbst von Nachbarn zum Räuchern aufgehängt waren. Als Täter wurden durch die Nachforschungen der Gendarmerie vier Soldaten ermittelt, welche sämtlich in Untersuchung kamen. Die Beute wollten sie in der Stadt verkaufen. Auf dem Wege dahin wurden sie abgefaßt. Fast sämtliche Räucherware konnte zur großen Freude dem Eigentümer wieder ausgehändigt werden. — Von den von einiger Zeit in Eßhorn gestohlenen Sachen sind bis jetzt drei Schinken wiedergefunden. Die Spitzbuben hatten sie in der Nähe des Tatortes versteckt und werden wahrscheinlich den Platz nicht haben wiederfinden können. Somit bekommen die Eigentümer wenigstens etwas von den jetzt so schwer zu ersetzenden Eßwaren wieder.

(—) Eine kleine Menge Leinennähzwirn (20 Meter) kommt, aber nur an solche Verbraucher zur Ausgabe, die infolge ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und durch besonders starke Inanspruchnahme ihrer Kleidung Nähzwirn besonders notwendig haben. Die Nähzwirn-Bedürftigen müssen sich unter Vorlegung der Stammkarte und des Steuerausweises im Zimmer 5 des Rathauses melden. Die Meldungen erfolgen für die Bewohner der Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—E am 3. Mai, vormittags von 9—1 Uhr, F bis K nachmittags von 4—7 Uhr, L—O am 4. Mai, vormittags von 9—1 Uhr und P—Z nachmittags von 4—7 Uhr.

Neueste Nachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Mai. (Amtlich.)

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Loker und Dranoeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch in den Kampf geworfene Kräfte versuchten vergeblich, gegen Dranoeter vorzugehen. Ihr mehrfacher Ansturm brach in unserm Feuer zusammen. Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Noyon, über den Oise—Aisne-Kanal und bei Veresnes brachten mehr als 50 Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind unsere Linie nordöstlich Tabestchus und bei Laghi zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Feodosia kampflos besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der geistige Zustand der deutschen Truppen.

TU Lugano, 1. Mai. (Drahtb.) Gegenüber den beliebten Ententemeldungen von der Niedergeschlagenheit deutscher Gefangener drahtet der Korrespondent des Secolo: Es ist ein bedenkliches Vorgehen, sich einzubilden, der geistige Zustand der deutschen Truppen sei schlecht. Die gefangenen Soldaten sind nur deshalb niedergeschlagen, weil sie eben Gefangene und behindert sind, für das Vaterland weiter zu kämpfen.

Fochs Reserven sollen noch nicht in Flandern eingesetzt sein.

TU Amsterdam, 1. Mai. (Drahtb.) „Echo de Paris" sagt über die Kämpfe, daß Foch es nicht für notwendig erachtete, für das Zumstehenbringen der Offensive in Flandern seine Reserven einsetzen zu lassen, was Ludendorffs Ziel sei, da er dadurch die Somme- und Oise-Front zu schwächen versuche. „Petit Parisien" schreibt, daß der Kampf noch nicht beendet sei. Der Feind unterhalte noch immer ein heftiges Geschützfeuer. Er führe noch immer neue Verstärkungen heran und greife noch immer an verschiedenen Frontteilen an.

Fortsetzung der Debatte über die Wahlrechtsvorlage.

TU Berlin, 1. Mai. (Drahtb.) Im Abgeordnetenhause wird heute die Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage voraussichtlich noch nicht erfolgen, weil die Rednerliste noch eine große Zahl von Namen aufweist. In Regierungskreisen scheint der B. Z. zufolge der Optimismus noch nicht geschwunden zu sein. Man hofft, daß zwischen der 2. und 3. Lesung eine Verständigung über die Annahme der Regierungsvorlage erzielt und die Durchsetzung des gleichen Wahlrechts in der 3. Lesung möglich sein wird.

Die Gerüchte über eine monarchistische Revolution in Petersburg.

TU Lugano, 1. Mai. (Drahtb.) Der Londoner Korrespondent des Secolo drahtet: Die gestrigen Londoner Abendblätter sind angefüllt mit Telegrammen über Amsterdam, Kopenhagen und Christiania, in denen behauptet wird, in Petersburg sei eine monarchistische Gegenrevolution ausgebrochen, die den Frieden von Brest-Litowsk nicht anerkenne.

Kampf um Sebastopol.

TU Zürich, 1. Mai. (Drahtb.) Wie der Züricher Anzeiger meldet, ist der Kampf um den Besitz von Sebastopol bereits im Gange.

Landesbibliothek Oldenburg

Nah und Fern.

Bohmte, 30. April. Heute fand hier die Einführung unseres neuen Pfarrers Diekmann (bisher Kaplan in Osterkappeln) statt. Zu dem gestrigen Empfange war die Hauptstraße unseres Dorfes mit vielen Ehrenpforten und Flaggen geziert. Auch der Kirchhof und die Kirche hatten Festschmuck angelegt. Bei der Kirche wurde der neue Pfarrer in Gegenwart der zahlreich versammelten Gemeinde mit einer zu Herzen gehenden Ansprache des Lehrers a. D. Steinkamp begrüßt, worauf „Engelchen" ein sinniges Gedicht hübsch vortrugen. In der Kirche dankte der neue Pfarrer für den festlichen Empfang und gedachte in besonders ehrenden Worten seines nun wegen Kränklichkeit in Ruhestand tretenden Vorgängers, des Pastors Rotermann, und versprach in schöner Rede, der Gemeinde ein guter Hirt sein zu wollen.

Vermischtes.

Ludendorff-Spende.

Für die Ludendorff-Spende zeigt sich in Anerkennung ihres hohen vaterländischen Zwecks bereits in weiten Kreisen ein lebhaftes Interesse. So sind schon folgende große Zeichnungen bekannt geworden: Act.-Ges. für Anilin-Fabrikation, Berlin-Treptow, Anteil 325 000,— Mk. Badische Anilin- & Soda-Fabrik, Ludwigshafen 1 000 000,—. Farbw. vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. M., Kalle & Co., Akt.-Ges. Biebrich Anteil 1000 000.— M. Leopold Casella & Co., Frankfurt a. M., Anteil 400 000,—. Chemische Fabrik Griesheim Elektron, Frankfurt a. M., Anteil 240 000,—. Chemische Fabrik vorm. Weiler ter Meer, Uerdingen Anteil 60 000,—. Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen Anteil 000 000,—. Krupp Friedr. Akt.-Ges. = Essen a. d. Ruhr Anteil 2 000 000,—. Rhein.-Westfälisches Kohlen-Syndikat Essen a. d. Ruhr Anteil 1 000 000,—. Siemens & Halske Akt.-Ges.-Siemens Schuckertwerke, Berlin Anteil 10 000 000,—. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin Anteil 500 000,—. Deutsch-Luxemburgische Bergwerk- u. Hütten Akt.-Ges., Dortmund Anteil 500 000,—. Bergmann-Elektricitätswerke A.-G., Berlin Anteil 500 000,—. Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G., Dortmund, Anteil 500 000,—.

Ein Kilometer Schnellbahn 5 Millionen Mark.

Die erste Schnellbahnverbindung Berlins war die Stadtbahn, die die Stadt von Ost nach West durchquerte mit ihren Anschlüssen an die Ringbahn und Vorortsstrecken. Es stellte sich dann das Bedürfnis neuer Schnellbahnverbindungen heraus. Demzufolge baute die Firma Siemens und Halske die Hoch- und Untergrundbahn, die Berlin ebenfalls von Osten nach Westen durchquerte, nur südlicher als die Stadtbahn. Ueber den Bau dieser Bahn entnehmen wir einen Aufsatz von Ing. Wendt „Berlins Verkehrbauten während des Krieges", veröffentlicht in Heft 10 der bekannten Zeitschrift „Technik für Alle" Jahrgang 1917/18 (Stuttgart Franckhsche Verlagshandlung, Preis vierteljährlich M. 1.45) unter anderem die interessante Mitteilung, daß die Strecke Warschauer Straße—Zoologischer Garten mit einer Länge von etwa 11 km und einem Kostenaufwand von 5 Mill. M. für 1 km hergestellt wurde. Auch sonst sind in dem Aufsatz noch beachtenswerte Zahlen über „Verkehrsbauten" enthalten. So kostet z. B. die für die Straßenbahn notwendig gewordene „Lindenuntertunnelung" 3 Mill. M. Wer sich für solche Dinge noch weiter interessiert, dem empfehlen wir ein Abonnement auf die „Technik für Alle".

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 23. bis 29. April 1918.

Höchstpreise für Ferkel. — Richtlinien zur Rinderaufbringung.

Die Landesbehörde für Volksernährung in Mecklenburg-Schwerin hat mit Verordnung vom 10. April bestimmt, daß für Ferkel im Lebendgewicht bis zu 15 kg, die nicht zur sofortigen Schlachtung, sondern zur Aufstellung als Futterschweine bestimmt sind, beim Verkauf bei einem Alter bis zu 6 Wochen ein Preis von 40 Mk., bei einem Alter über 6 Wochen ein Preis von 50 Mk. für das Stück nicht überschritten werden darf. Auf Ferkel aus anerkannten Hochzuchten, die nachweislich zur Zucht bestimmt sind, bezieht sich diese Verordnung nicht. — In Elsaß-Lothringen hat eine Verordnung vom 11. April bestimmt, daß die Stallpreise für die zur Zucht und Mast bestimmten Nutzferkel im Gewichte bis zu 15 kg höchstens 4,50 Mk. für das kg Lebendgewicht betragen und den Höchstpreis von 60 Mk. für das Tier nicht überschreiten dürfen. Die Preise für die zur Zucht und Mast bestimmten Schweine über 15 kg dürfen höchstens 4 Mk. für das kg Lebendgewicht betragen. Zum Verkauf von Schweinen über 25 kg Lebendgewicht bedarf es der Genehmigung des Landes-Fleischamtes. — Die Provinzialfleischstelle in Magdeburg hat für die Provinz Sachsen am 23. April neue Richtlinien zur Rinderaufbringung bekanntgegeben. In denselben heißt es u. a.: I. Nicht anzunehmen sind: 1. alle zur ordnungsmäßigen Durchführung der Ackerwirtschaft erforderlichen Spanntiere und deren Nachwuchs, soweit er nicht mehr als ein Drittel der Spanntiere ausmacht; 2. der für den Wiederaufbau der Rindviehzucht der Herdbuchherden einschließlich der jungen Zuchtbullen, sowie alle angekörten Gemeinde- und Genossenschaftsbullen; 3. äußerlich erkennbar tragende Kühe und Färsen. II. Abzunehmen sind: a) alle freiwillig angebotenen Tiere, gleichgültig, in welchem Futterzustande sie sich befinden; b) im Zwangswege: 1. alles an erkennbarer Knochenbrüchigkeit leidende Vieh, dessen Heilung bei den jetzigen Futterverhältnissen ausgeschlossen ist; 2. diejenigen Zuchtbullen, die nicht unbedingt zum Decken der Kühe und Färsen notwendig sind (bei größeren Beständen in einem Ort auf 80 Kühe ein Bulle; Besitzer mit geringerem Viehbestande als 80 weiblichen Tieren müssen sich gemeindeweise zusammentun und einen angekörten Bullen gemeinsam halten); 3. die ältesten Kühe der Bestände, welche nicht erkennbar tragend sind (s. Ziffer 4); 4. Milchkühe, deren Milchertrag unter . . . . Liter täglich beträgt; 5. minderwertiges Jungvieh und Tiere aus solchen Wirtschaften, deren Viehbestand im Verhältnis zu dem nach Maßgabe der Fläche zur Verfügung stehenden Futter zu groß ist.

Literarisches.

„Allgemeine Rundschau", Wochenschrift für Politik und Kultur, Begründer Dr. Armin Kausen, München (Bezugspreis vierteljährlich 3,50 Mk.). Das soeben erschienene Heft Nr. 17 bringt wieder eine stattliche Reihe hochwichtiger und aktueller Beiträge, die wir dem Studium der gebildeten Kreise unserer Leser dringend empfehlen können.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Vechta. Druck und Verlag: Vechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger) Vechta.

Sammelt Torffasern.

Sammelstelle Schule.

Großherzogl. Oldenburgisches Amt. Vechta, den 27. April 1918.

Bekanntmachung.

Das stellv. Generalkommando hat am 1. Mai 1918 eine Bekanntmachung Nr. M. 1400/4. 18. K. R. A. betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Gehäusen und Gehäuseteilen von Kontroll-, Registrier- und Schreibkassen erlassen, die am **1. Mai 1918** in Kraft tritt. Diese Bekanntmachung kann bei der unterzeichneten Behörde eingesehen werden. Sie ist ferner in vollem Wortlaut in den Oldenburgischen Anzeigen abgedruckt. Abdrucke können auch von der Kriegsrohstoffstelle in Hannover, Fundstraße 1 C, unentgeltlich bezogen werden.

Rückens.

Großh. Oldenburgisches Amt. Vechta, den 27. April 1918.

Bekanntmachung.

Das stellv. Generalkommando hat **am 30. April 1918** eine Nachtragsbekanntmachung Nr. 971/3. 18 K. R. A. betr. Beschlagnahme und Bestandsmeldung von Platin erlassen, die am 30. April 1918 in Kraft tritt.

Diese Bekanntmachung kann bei der unterzeichneten Behörde eingesehen werden. Sie ist ferner in vollem Wortlaut in den Oldenburgischen Anzeigen abgedruckt. Abdrucke können auch von der Kriegsrohstoffstelle in Hannover, Fundstr. 1 C, unentgeltlich bezogen werden.

Rückens.

Amtsvorstand. Vechta, den 27. April 1918.

Bekanntmachung.

Betrifft Entwertung der Reichsreisebrotmarken bei Einlösung.

Es wird **nochmals** darauf hingewiesen, daß nur noch Reichsreisebrotmarken **neuen Musters** Geltung haben.

Die eingelösten Reisebrotmarken sind zu entwerten. Die Entwertung hat in der Weise zu geschehen, daß die einzelnen Marken (nicht die ganzen Bogen) mit Tinte oder Tintenstift kreuzweise durchstrichen werden.

Bäcker, Händler, Gast-, Schankwirte usw. haben die Entwertung der Marken **sofort** nach ihrer Empfangnahme bei Verabfolgung von Gebäck vorzunehmen und dürfen nur entwertete Marken dem Amtsvorstand einreichen.

Bäckern und Händlern, welche die gesammelten Marken zwecks Belieferung mit Mehl einzureichen haben, werden nur entwertete Marken angerechnet werden.

Rückens.

Amtsvorstand. Vechta, den 29. April 1918.

Bekanntmachung.

Gemäß Anordnung der Landesfettstelle werden die Butterverkaufsstellen angewiesen, auf jeden der vom 6.—15. Mai d. Js. laufenden Butterkartenabschnitte 62½ gr. Butter und 62½ gr. Margarine an die Verbraucher zu verabfolgen.

Die Margarine wird den Verkaufsstellen durch den Kaufmann Josef Middendorf, Vechta, übersandt werden.

Der Verkaufspreis für die Margarine an die Verbraucher beträgt 2 Mk. das Pfund.

J. V.: Bülter.

Schaf-Verkauf.

Werde am

Freitag, dem 3. Mai d. J.,

mittags 12 Uhr, bei **Wiegel** in **Damme** für fremde Rechnung

50 bis 60 Stück

ostfr. Schafe u. Lämmer

(meist Aulämmer) öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

M. Börger, Damme.

Buffet.

Wir haben ein Buffet zu verkaufen, aus bestem Eichenholz, kunstvoll gearbeitet und geeignet sowohl für feinen bürgerlichen Haushalt, als auch zum Wirtschaftsbetriebe.

Heitmann & Krogmann, Lohne i. O.

Steckrübensamen

gelbe glatte Wilhelmsburger, versendet unter Nachnahme pr. Pfd. 22.— Mk.

Krup-u. Stangenbohnen

billigst.

Heinrich Gewiehs, Samenhandlung, **Rotenburg i. Hann.**

Ein

Eber

zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 30 an die Geschäftsst. d. Blt.

Kath. tüchtiges

Zweitmädchen

gesucht. Köchin und Kindermädchen vorhanden. Gehalt 35 Mk.

Frau Juwelier **H. Abeler, Münster** W., Bogenstr. 2.

Sauberes, älteres

Küchenmädchen

oder auch unabhäng. Frau z. 15. Mai gesucht.

Frau **Schmitt, Hembergen,** Post Emsdetten.

Kaninchen, Enten, Hühne

kauft ständig

Frz. Suerdieck, Vechta.

---

10 Mk. Belohnung

erhält derjenige, der mir den Täter namhaft machen kann, der auf dem Gute Jhorst Revier Turm das **Holz** geschlagen bezw. gestohlen hat. Haus Jhorst, den 27. April 1918.

Die Gutsverwaltung.

Zu pachten gesucht

eine gut gehende

Dampf- oder Windmühle

von einem erfahrenen Müller, am liebsten im Amte Vechta, zum baldigen Antritt.

Offerte unter Nr. 100 an die Geschäftsst. d. Blt.

Fichtenrollen,

1—2 m lang, 7 cm aufwärts stark, geschält kauft größte Posten.

Hugo Kayser, Osnabrück, Telefon 1190.

Krankheitshalber wird zu Mai oder später ein braves

Mädchen

für häusliche Arbeiten gegen hohen Lohn gesucht. Näheres bei

C. F. Honkomp, Steinfeld i. O.

Suche gegen hohen Lohn ein

Mädchen

vom Lande von 16—20 Jahren für landwirtschaft. Arbeiten. Näheres

Franz Meyer, Damme.

Für bess. Privathaushalt jung. **Mädchen** für Hausarb. und zu Kindern z. sofort od. später gesucht. Küchenmädch. vorhanden. Frau **Stemann, Münster** W. am Kanonengraben 16.

Erste Osnabrücker Dampfwaschanstalt

Carl Reuning

Martinistr. 69 **Osnabrück.** Telefon 76

liefert

Herren-Stärkewäsche

in tadelloser Ausführung und kürzester Zeit.

Täglicher Bahn- und Postversand.

Sonntag, den 5. Mai, nachm. 5½ Uhr in

Damme

Konzert

des Vechtaer Singvereins

zum Besten des Dammer Waisenhauses.

Solisten: Herr Konzertsänger Müller-Heinrichsen, Bremen (Bariton), Frau Müller-Heinrichsen (Sopran).

Vortragsfolge:

1. Chor a. d. Oratorium Samson von Händel.
2. Lieder für Bariton.
3. Erlkönigs Tochter, Ballade für Chor und Soli, von Niels W. Gade.
4. Lieder für Sopran.
5. Duette für Sopran und Bariton.
6. Schön Ellen, Ballade für Chor und Soli von M. Bruch.

Eintrittspreis 1 Mk. 50 Pfg. Der Mildtätigkeit sind keine Schranken gesetzt.

Ladung Kainit

an der Bahn!

Am **Freitag 2 Ladungen**

Chlorkalium

53% an der Bahn.

Genossenschafts-Häckselschneiderei, Goldenstedt.

Ia Rotklee, Serradella, Feld-Erbsen und Ackerbohnen

hat abzugeben.

Genossenschafts-Häckselschneiderei, Goldenstedt.

Geflügelzüchter-Verein Lohne,

e. G. m. b. H.

Abschlußbilanz am 31. Dezber. 1917.

Aktiva.

1. Kassenbehalt 31. Dezember 1917	44,74 Mk.
2. Lagerbestand	—,— „
3. Wertpapiere	8161,49 „
4. Mobilarkonto	1856,— „
5. Debitoren	309,25 „
	10371,48 Mk.

Passiva.

Geschäftsanteile	436,— Mk.
Reservefonds	3119,60 „
Betriebsfonds 31. Dezember 1916	5561,21 „
Unkosten	—,— „
Kreditoren	—,— „
Reingewinn	1254,67 „
	10371,48 Mk.

Mitgliederbestand am 31. Dezbr. 1916	218
Zugang	—
Abgang	—
Mitgliederbestand am 31. Dezbr. 1917	218

Die gesamte Haftsumme betrug am Schlusse des Geschäftsjahres . 1090,— Mk.

Geschäftsanteile unverändert.

Der Reservefonds betrug am 31. Dezember 1917 . . . . . 3119,60 „

Der Betriebsfonds betrug am 31. Dezember 1917 . . . . . 5561,21 „

Der Reingewinn wird dem Betriebsfonds gutgeschrieben.

Der Vorstand:

Joh. Dehlwisch. Joh. Kruse.

Der Aufsichtsrat:

A. Hinners. H. Holzenkamp.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute unsere liebe, gute Tante, Schwester und Schwägerin

Witwe Josef Bünker

Elisabeth geb. Meyer

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie verschied nach kurzer, heftiger Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, ergeben in Gottes hl. Willen im Alter von 74 Jahren.

Dieses allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte, der teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Angehörigen.

Steinfeld, den 29. April 1918.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 4. Mai, morgens 9½ Uhr vom Krankenhause aus.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Landesbibliothek Oldenburg